



757
Kubi
SöL
BGT
Mubi
Ausgabe
Nr. 01/1991
Leipzig
7. Januar
Z 91 2 459

UZ-Fotochronik der Dezember-Ereignisse



13. 12.: Auf einem Meeting im Innenhof protestieren weit über tausend Studenten und andere KMU-Angehörige gegen die Beschlüsse der sächsischen Regierung zur „Abwicklung“ von Hochschuleinrichtungen.



14. 12.: Studentenprotest vor dem Landeparlament in Dresden.



17. 12.: Beginn der Besetzung der Rektoratsloge durch Studenten, die am 19. 12. in eine Blockade des KMU-Komplexes mündete.



Nach Verhandlungen mit dem Rektoratskollegium stellte sich Sachsens Bildungsminister in den späten Abendstunden des 19. 12. rund 1500 KMU-Studenten zur Diskussion, die leider für beide Seiten wenig erfreuliche Resultate zeigte. Darauf verschärften die Studenten am 20. 12. ihre Blockade, um so ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen (auch mit dem Mittel des Hungerstreiks). Am 21. 12. wurde der Dialog mit der Uni-Leitung fortgeführt. Neben Drohungen und Unmutsäußerungen durch die Leipziger Bevölkerung erhielten die studentischen Besetzer auch zahlreiche Solidarisierungsbeweise: Zuspruch, Geld- und Sachspenden u. a. von Wissenschaftlern (noch) nicht betroffener Einrichtungen und Angestellten der Universität (Mitarbeiter der Mensaen sorgten z. B. für das Frühstück), Angehörige des wissenschaftlichen Mittelbaus stellten Fahrzeuge und Telefone zur Verfügung und kümmerten sich um die Versorgung der Studenten. Sieger der Geschichtsstudenten bekundeten in einem Telegramm vom 21. 12. ihre Solidarität mit den KMU-Studenten. Und die Sternburg-Brauerei lieferte flüssige Erfrischungen... (Fotos: F. Gehrmann)

Schreiben der Uni-Leitung an Minister Prof. Dr. Meyer:

Leipzig, den 14. 12. 1990
Sehr geehrter Herr Minister!
Wir respektieren und unterstützen durch unser eigenes Bemühen die Vorstellungen der Regierung des Freistaates Sachsen um eine Demokratisierung der Hochschulen. Wir fühlen uns aber durch den Stül brüskiert, mit dem uns die weitreichenden Entscheidungen zur Abwicklung wesentlicher Struktureinheiten unserer Universität übermittelt wurden. Die jahrelangen bitteren Erfahrungen mit zentralistischen Verhaltensmustern

haben uns gegenüber einer solchen Art und Weise sensibilisiert. Als Universitätsleitung hätte uns eine beratende Funktion bei der Entscheidungsfindung eingeräumt werden müssen. Wir beobachten mit Sorge, daß unser Bemühen um die Erneuerung der Universität Leipzig dadurch nicht gefördert wird und auch unter Mitarbeitern, die sich um die Erneuerung bemühen, eine schädliche Solidarisierung hervorgerufen worden ist. Es beunruhigen uns besonders die moralischen und politischen Auswirkungen auf die Studenten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. sc. med. Leutert
Rektor ad interim

Prof. Dr. sc. med. Geiler
Dekan der Medizinischen Fakultät
und Mitglied
des Rektoratskollegiums

Prof. Dr. theol. Dr. Wartenberg
Dekan der Theologischen Fakultät
und Mitglied
des Rektoratskollegiums

Ehrendoktor-Würde

(PD) Die Würde eines Ehrendoktors der Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig verlieh der Wissenschaftliche Rat der KMU am 18. 12. 1990 an den Psychologen Prof. Dr. Dr. hc. Hans Thomae von der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn. Die Leipziger Universität würdigt mit dieser Ehrung die grundlegenden Beiträge Prof. Thomaes zur Entwicklung der wissenschaftlichen Psychologie, insbesondere der Persönlichkeitspsychologie, die konsequent die Individualität des Menschen in den Mittelpunkt der Forschungen stellt. Besondere Anerkennung finden auch die Verdienste Prof. Thomaes um die Förderung der Gerontologie.

Studenten-Boom

(AP) An den deutschen Universitäten und Fachhochschulen sind im laufenden Wintersemester 1,72 Millionen Studenten eingeschrieben. An den Hochschulen im alten Bundesgebiet sei die Zahl der Studierenden um fünf Prozent auf jetzt 1,58 Millionen gestiegen. An den Hochschulen in den neuen Bundesländern nahm danach die Zahl der Studenten um 4,5 Prozent auf 136 000 zu. Die Zahl der Studienanfänger habe weiter erheblich zugenommen - an den westdeutschen Hochschulen gegenüber 1989 um zehn Prozent, im Osten um 30 Prozent.

Koncilwahlen

Aufgrund von Nachwahlen und noch andauernder Überprüfungen durch den Wahlführungsausschuss kann das endgültige Ergebnis der Koncilwahlen frühestens nach dem 15. 1. 91 veröffentlicht werden.
Dr. Th. Friedrich,
Wahlleiter

Geschäft perfekt

(UZ) KMU, Siemens-Nixdorf AG und HIS (Hochschulinformations-Service) haben am 17. 12. 1990 einen Vertrag unterschrieben, der die Grundausstattung unserer Universität mit Hard- und Software für den gesamten Verwaltungsbereich beinhaltet. Das Pilotprojekt für den oostdeutschen Raum schließt die Schulung des Personals ein. Während HIS, finanziert durch Bund und Länder, Software grundsätzlich kostenlos zur Verfügung stellt, erhofft sich die Siemens-Nixdorf AG durch ihr großzügiges Geschenk Initialwirkung auf andere Hochschulen.

Unsere Ausländer

(UZ) Das Akademische Auslandsamt informiert über die Gründung der „Deutsch-ausländischen Studiengesellschaft der alma mater Lipsiensis e. V.“, die am 18. 12. 1990 erfolgte. Diese neue Gesellschaft, die gegenwärtig aus ca. 40 Mitgliedern besteht, ist offen für alle deutschen KMU-Angehörigen sowie natürlich für alle ausländischen Bürger, die sich an der KMU in der Aus- und Weiterbildung befinden. Mithilfe der Gesellschaft soll unseren ausländischen Studierenden eine effiziente Integration und Reintegration ermöglicht werden. (Für 3 der 5 Mitglieder des Bereiches Ausländerintegration, Sektion Gesellschaftstheorien, wurden Planstellen geschaffen.)

UZettel

Woher und wozu aber die ignorante Aggressivität? Gerichtet gegen Künstler und Intellektuelle, wirkt hier eine lange und traurige systemübergreifende deutsche Tradition, die, politisch motiviert und benutzt, auf Macht, Desinformation und Ablenkung zielt... Zum „Aber...“ wissenschaftlicher Objektivität und zur kritischen Subjektivität künstlerischer Weltsicht hat die totale Macht kein normales Verhältnis. (Auch das totale Geschäft hat da Schwierigkeiten.)
K. WISCHNEWSKI

Da gibt es welche, die zweifeln nie, ihre Verdauung ist gut, ihr Urteil unfehlbar.
B. BRECHT

Reaktion von Senat und Rektoratskollegium auf Studentenproteste

Mit den Studenten Dialog fortsetzen!

(UZ) Auf der turnusmäßigen Beratung des Akademischen Senats am 20. 12. 1990 standen die Entscheidungen der sächsischen Regierung zur „Abwicklung“ von Hochschuleinrichtungen der KMU und die darauf folgenden Proteste insbesondere der Studentenschaft im Mittelpunkt der ebenso sachlich wie leidenschaftlich geführten mehrstündigen Diskussion. Der Senat empfiehlt zur Weiterführung des als außerordentlich notwendig erachteten Dialogs zwischen Rektoratskollegium und Studentenschaft Vertretern des akademischen Mittelbaus eine konsultative Vermittlerrolle übernehmen. Die Fortsetzung des Dialogs mit studentischen Vertretern betroffener Einrichtungen und Prorektor Prof.

Dr. sc. Dr. Günter Wartenberg sowie weiteren Senatsmitgliedern wurde für den 21. 12., 8.00 Uhr, geplant. Des Weiteren wurde vom Senat den Vorschlägen zugestimmt zur Bildung von Kommissionen, zur Gründung neuer wissenschaftlicher Bereiche an der KMU (Gründungskommissionen) die vierteljährlich mit Professoren aus alten und neuen Bundesländern, Vertretern des Mittelbaus und der Studentenschaft zusammengesetzt sein sollen) und zur Bildung einer Hochschulstrukturkommission (Zusammensetzung nach Gruppenparität). Weiterhin wurde die schnellstmögliche Einberufung des Konzils beschlossen. (Dieses Konzil muß sich leider etwas verzögern,

da sich Nachwahlen sowie noch andauernde Wahlüberprüfungen erforderlich machen.) Der Senat vertritt die Forderung nach Weiterführung und inhaltlicher Verbesserung des Journalistikstudiums an der KMU, das vom Minister Prof. Dr. Meyer mündlich zugesagt wurde. Senat und Rektoratskollegium nehmen die Verwaltungs- bzw. Feststellungsklagen der jeweils betroffenen Fakultäten bzw. Einrichtungen zur Kenntnis. (Eine Erklärung des Rektoratskollegiums vom 2.1.1991 zur Situation an der Uni erscheint in UZ02.)

Erklärung der Moderatorinnen des Gesprächs zwischen Vertretern der Uni-Leitung und den protestierenden Studenten am 21. 12. 1990

Im heutigen Gespräch wurde die Universitätsleitung durch einen Prorektor und zwei Dekane vertreten. Die Studierenden entsandten sechs Sprecher, die mit einem imperativen Mandat ausgestattet waren. Moderiert wurde von 3 Vertretern des provisorischen Sprecherrates des Akademischen Mittelbaus. Wir stellen fest, daß ohne die Proteste der Studenten eine Klärung verschiedener Punkte im Zusammenhang mit dem Abwicklungsbeschluß vom 11. 12. 1990 zugunsten der Universität als Ganzes und der Studierenden nicht möglich gewesen wäre. Dadurch wurden die im Laufe des Gesprächs erarbeiteten, von Konsens getragenen Positionen, die laut Protokoll folgenden Punkte betreffen, ermöglicht:
1. Zusammensetzung und Arbeitsweise von Gründungskommissionen für die von

dem o. g. Beschluß betroffenen Fachbereiche.
2. Schnellstmögliche Einberufung des Konzils unter Sicherung der Teilnahme aller im Dezember gewählten Vertreter;
3. Für die drei Fachrichtungen Kulturwissenschaft, Journalistik, Geschichte wurde Übersichtsformal über die Art und Weise der Fortsetzung von Studiengängen und die Neugründung von Instituten erreicht;
4. Grundsätzliche Gleichbehandlung ausländischer Studenten;
5. Die bereits bestätigten Forschungsstudenten und Aspiranten erhalten die Möglichkeit, ihre Qualifizierung fortzusetzen;
6. Alle Leiter im wissenschaftlichen Bereich, die nicht durch demokratische Wahlen seit Herbst 1989 in ihrem Amt bestätigt wurden, sollen binnen eines Jahres aberufen/abgewählt werden, wenn sie nicht die notwendige Legitimation ihres Bereiches erhalten;

7. Universitätsleitung und Studenten treten gemeinsam beim Staatsminister für die Etablierung einer verfallenen Studentenschaft ein. Die erreichten Ergebnisse bedürfen sowohl der Zustimmung des Plenums der Studierenden als auch des Staatsministers. Dieses Gespräch betrachten alle beteiligten Seiten, unbeschadet offengebliebener Fragen und Probleme - die weiter erörtert werden - als Eröffnung von Wegen zur Normalisierung der Situation an der Leipziger Universität.
Dr. sc. Soja Brentjes
Dr. Regina Metzke
Dr. Regina Wetz

Entscheidung zurücknehmen, über die Zukunft diskutieren

Brief der Sektion Journalistik an Prof. Biedenkopf:

12. 12. 1990
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Studenten und Mitarbeiter der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig haben mit Bestürzung aus dem Radio von der Entscheidung der Landesregierung erfahren müssen, die Sektion Journalistik aufzulösen. Wir sind empört über den undemokratischen Charakter der Entscheidung, die über unsere Köpfe wie auch über die der Universitätsleitung hinweg, also unter Ausschaltung jeglicher Autonomie der Universität, erfolgte. Als eine gesellschaftswissenschaftliche Einrichtung, die eng in die Politik des alten Systems eingebunden war, sind wir uns der Notwendigkeit einer grundlegenden inhaltlichen, strukturellen und personellen Erneuerung bewußt. Darauf zielen alle Maßnahmen, die wir auf dem Boden eines demokratischen Konsenses von Wissenschaftlern und Studenten im letzten

Jahr eingeleitet haben. Umso befremdlicher macht es uns, daß diese Entscheidung ohne den geringsten Versuch getroffen wurde, den derzeitigen Stand demokratischer Erneuerung von Lehre und Forschung zur Kenntnis zu nehmen. Die Universitätsleitung verfügt über alle entsprechenden Unterlagen. Seit Wochen läuft ein kritischer Selbstevaluationsprozeß der Hochschullehrer. Mit den Studenten wurde ein Runder Tisch vereinbart, an dem äußerst kritisch über alle Fragen der Lehre gesprochen wird. Nichts von alledem wurde zur Kenntnis genommen. Hier wird ein administratives Vorgehen praktiziert, von dem wir hoffen, daß es der Vergangenheit angeht. Den Studenten bleibt nach dieser Entscheidung nichts als vage Versprechen, andererseits ihre Ausbildung fortzusetzen. Damit sind über 600 Studenten, die für die frühere Tätigkeit der Sektion keinerlei Verantwortung

tragen und die sich äußerst aktiv in die Wende eingebracht haben, die am schwersten Betroffenen. Wie sie diese plötzliche Änderung ihrer Lebenspläne in der gegenwärtigen hochschulpolitischen Situation der Bundesrepublik bewältigen sollen, ist mehr als unklar. Schließlich wird mit diesem Beschluß die einzige journalistische Ausbildungsstätte in Ostdeutschland geschlossen, die älteste derartige Institution auf deutschem Boden mit einem originären Ausbildungsprofil. Wir fordern die Rücknahme dieser Entscheidung und eine sachliche Diskussion über unsere weitere Zukunft. Wir erlauben uns, diesen Brief der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Hochachtungsvoll
Prof. Dr. sc. Hans Poerschke
Direktor der Sektion
im Namen aller Angehörigen
der Sektion